

An alle
Mitglieder und Mitgliedsverbände
und Freund*innen der LAGS Bremen

Bremen, den 12.12.2019

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

das Jahr 2019 stand ganz im Zeichen des 10-jährigen Bestehens der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (UN-BRK) in Deutschland. Es fanden zahlreiche Veranstaltungen statt, in denen diskutiert wurde, was in dieser Zeit für die Gleichstellung behinderter Menschen schon erreicht wurde und was noch zu tun ist. Dafür gilt ein besonderer Dank allen, die an der Organisation dieser Aktivitäten beteiligt waren, besonders dem Landesbehindertenbeauftragten und seinem Arbeitsstab. 10 Jahre UN-BRK in Bremen und Bremerhaven standen auch als „krönender Jahresabschluss“ im Mittelpunkt der 25. Bremischen Bürgerschaft behinderter Menschen. Auch hierfür bedanke ich mich besonders herzlich bei allen, die es möglich gemacht haben, dass wir dieses Jubiläum im historischen Bremer Rathaus feiern konnten, sogar mit einem Senatsempfang durch Sozialsenatorin Anja Stahmann. Vielen Dank!

Im kommenden Jahr 2020 wird es vor allem um die Frage gehen, mit welchen konkreten Maßnahmen im Landesaktionsplan für Bremen und Bremerhaven die UN-BRK weiter umgesetzt werden soll. Daran wird sich die LAG Selbsthilfe gemeinsam mit anderen Behinderten-Verbänden aktiv beteiligen. Bei Ihnen und Euch allen bedanke ich mich besonders herzlich für die konstruktive und harmonische Zusammenarbeit im ausklingenden Jahr. Ich wünsche allen eine besinnliche Weihnachtszeit, friedliche und schöne Feiertage und viel Gesundheit, Glück und Erfolg im neuen Jahr 2020!

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Dieter Stegmann
(1. Vorsitzender)

Ein besonderes Jubiläum: 25 Jahre Bremer Behindertenparlament!

Da wehte der Wind behindertenbewegter Geschichte durch das Bremer Rathaus. Schon im neuen Logo wurde der Weg von der Straßendemonstration in das Parlament symbolisiert.



Vor über 40 Jahren gingen behinderte Menschen in Bremen als „Krüppelgruppe“ auf die Straße und blockierten den Verkehr, weil er für sie nicht barrierefrei war und das einzige Alternativangebot, der „Behindertenfahrdienst“, eingeschränkt werden sollte. Mit einem Hungerstreik in der

Bremischen Bürgerschaft wurde der Senat gezwungen, diese Einschränkungen zurückzunehmen. Das war die Grundlage für Barrierefreiheit im öffentlichen Nahverkehr für Menschen im Rollstuhl, mit Rollator, mit Geheinschränkungen oder für blinde und gehörlose Menschen.



Damit war Bremen in der Folge über Jahre hinweg bundesweit führend. Zwei der Haupt-Akteure, die damals demonstrierten und Hunger streikten, waren am 22.11.2019 beim 25-jährigen Jubiläum der Bremische Bürgerschaft behinderter Menschen dabei: Horst Frehe, der als Richter und Staatsrat bei der Senatorin für Soziales berufliche und politische Karriere gemacht hat und Prof. Dr. Swantje Köbsell, die eine Wissenschaftskarriere eingeschlagen hat und heute an der Berliner Alice-Salomon-Hochschule in Berlin als Professorin lehrt.



An diese Bewegung erinnerte Horst Frehe in seiner Rede als Präsident des 25. Bremer Behindertenparlaments, nachdem ihm Antje Grotheer, Vizepräsidentin der Bremischen Bürgerschaft, die Glocke übergeben hatte. Seit über 30 Jahren wurden auch Forderungen nach einer stärkeren Einbeziehung Behinderter in das Arbeitsleben, mehr Barrierefreiheit in allen öffentlichen Bereichen, inklusiver Bildung und zum Abbau von Benachteiligungen in allen Lebensbereichen in die Öffentlichkeit getragen. Ein Ergebnis ist das Bremer Behindertengleichstellungsgesetz, das alle öffentlichen Einrichtungen verpflichtet, behinderte Menschen nicht zu benachteiligen und für mehr Barrierefreiheit zu sorgen.



Ein großer Einschnitt in die weltweite Behindertenpolitik ist die UN-BRK, die vor 10 Jahren in Deutschland als ein verbindliches Bundesgesetz von Bundestag und Bundesrat verabschiedet wurde. Sie ist damit geltendes Recht und verpflichtet den Bund und die Länder zu der Umsetzung der Menschenrechte für behinderte Menschen. Mit dem Bremer Aktionsplan hat der

Bremer Senat für das Land und mit dem Teilha-beplan der Bremerhavener Magistrat 2014 Pro-gramme aufgelegt, um diese Behindertenrechts-konvention umzusetzen. Was daraus bisher wurde, beleuchtete Prof. Dr. Swantje Köbsell von der Alice-Salomon-Hochschule in Berlin. Sie sieht zahlreiche Bereiche, bei denen in Hanse- und Seestadt zwar hoffnungsvolle Veränderungen begonnen wurden, die aber noch nicht voll-endet sind. So sei die Inklusion in der Bildung mit zu wenigen Ressourcen ausgestattet. Es würde an barrierefreien Wohnungen fehlen, da-mit behinderte Menschen aus Einrichtungen in eine eigene Wohnung ziehen können. Auch die soziale Teilhabe sei durch fehlende Barrierefrei-heit von Gebäuden, Straßen und Verkehrsmitteln weiter eingeschränkt. Ein großer Teil der Men-schen mit Behinderungen finde keine angemes-sene Arbeit. Die Qualifikation, die Bezahlung und der Übergang von der „Werkstatt“ in den allge-meinen Arbeitsmarkt ließen zu wünschen übrig.



Zu diesen Themenbereichen wurde der Senat mit Anträgen zur Umsetzung der UN-BRK im Land Bremen konfrontiert. Gefordert wurde z.B., dass der Bremer Senat auf mehr Stellen schwerbehinderte Menschen beschäftigen soll. Auch sollen der Übergang von der Werkstatt für behinderte Menschen in den allgemeinen Arbeitsmarkt durch eigenes Personal und mehr Qualifizierung in den Werkstätten besser um-gesetzt und höhere Löhne gezahlt werden. Diese Forderungen stellte Birgit Meierdiercks, Vorsit-zende der LAG der Werkstatträte Bre-men/Bremerhaven vor.



In ihrer Entgegnung sagte die zuständige Sozialsenatorin Anja Stahmann zu, sie werde Gespräche gemeinsam mit der Handelskammer, der Handwerkskammer, der Arbeitssenatorin Kristina Vogt, den Werkstattträgern Bremen und Bremerhaven und Vertreter*innen der Behindertenverbände führen, um an dieser Situation etwas zu ändern.



Mit dem Bau von mindestens 400 für Rollstuhlfahrer*innen barrierefreien und bezahlbaren Wohnungen solle der aktuelle Bedarf gedeckt werden, die als Sozialwohnungen mindestens 40 Jahre einer Mietpreisbindung unterliegen. Für Wohnungslose, die häufig auch behindert seien, muss mit einem „Housing-First“-Programm zunächst die Wohnungslosigkeit beseitigt und ihnen eine angemessene Wohnung vermittelt werden, forderte Joachim Barloschky („Barlo“). Auf diese Forderungen sagte die zuständige Senatorin Dr. Maike Schaefer die Unterstützung ihres Ressorts zu.



Bei der barrierefreien Mobilität befürchten wir Rückschritte, so Wilhelm Winkelmeier (Selbst-Bestimmt Leben). Der Senat will mit einem nicht hinreichenden Konzept durch höhere Haltestellen den Einstieg ohne Einstieghilfe in die Fahrzeuge erreichen. Die Höhenunterschiede und Abstände zum Fahrzeug könnten aber von vielen Rollstuhlfahrer*innen nicht bewältigt werden.

Die neuen E-Autos sind so leise, dass sie von blinden Menschen nicht mehr wahrgenommen werden können.

Besondere Kritik entlud sich an der schlechten Umsetzung der schulischen Inklusion.

Weder seien ausreichende finanzielle Ressourcen eingesetzt worden, noch sei die Lehrerbildung und -fortbildung rechtzeitig auf inklusiven Unterricht ausgerichtet worden. Stattdessen habe man an der Universität Bremen den Studiengang Behindertenpädagogik geschlossen, anstatt ihn auf inklusive Bildung umzustellen. Nun beklage man das Fehlen speziell ausgebildeter Lehrer*innen. Ein Mangel, den der Senat selbst erzeugt habe.



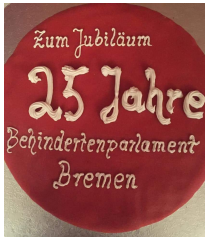
Sowohl an das Bildungs- wie auch an das Sozialressort richtet sich die Forderung des Landesteilhabebeirats, die Unterstützung von Schülerinnen und Schülern mit Assistenzkräften dauerhaft verbindlich sicherzustellen. Sozialsenatorin Anja Stahmann sagte auch hier Gespräche zu, um eine Lösung zu finden.



Fotos: Frank Scheffka

Ein bewegender Abschluss dieser Jubiläumssitzung war der Dank von Dieter Stegmann an den im nächsten Frühjahr in den Ruhestand gehenden Landesbehindertenbeauftragten Dr. Joachim Steinbrück. Mit lang anhaltendem Applaus bedankten sich die Abgeordneten der 25. Bürgerschaft behinderter Menschen bei Dr. Steinbrück für sein großes und erfolgreiches Engagement und zahlreiche Erfolge, die mit ihm und durch seine Arbeit errungen wurden.

Der AK Protest bedankt sich bei der Bremischen Bürgerschaft und dem Bremer Rathaus für die große Unterstützung, dass das 25. Bremer Behindertenparlament im historischen Bremer Rathaus stattfinden durfte.



Einen besonderen Höhepunkt gab es im Anschluss: Sozialsenatorin Anja Stahmann würdigte das 25-jährige Jubiläum der Bremischen Bürgerschaft behinderter Menschen mit einem Senatsempfang im Kaminzimmer des Bremer Rathauses.

Für die Ausrichtung dieses Senatsempfangs, für ihre schon jahrelange große Unterstützung und für die schön gestaltete und leckere Geburtstagsfeier bedanken wir uns sehr herzlich!



Fazit: Die 25. Bremische Bürgerschaft behinderter Menschen war, wie die Torte, eine „runde Sache“. Wir danken allen, die in irgendeiner Weise zum Gelingen dieses Jubiläums beigetragen haben und auch der „Aktion Mensch“ wieder für die finanzielle Unterstützung, mit der wir in diesem Jahr auch verstärkt Maßnahmen für mehr Barrierefreiheit umgesetzt haben.

Ein Hinweis: Der Mediendesigner Andreas Wick gestaltete zum Jubiläum eine Collage mit Eindrücken aus 25 Jahren Bremer Behindertenparlament, die auf Anfrage kostenfrei in der LAGS-Geschäfts- und Beratungsstelle erhältlich ist.

„Sucht – (k)ein Thema für Menschen mit geistiger Behinderung?“



Im ähnlichen Umfang wie die Allgemeinbevölkerung haben auch Menschen mit einer geistigen Behinderung Suchtprobleme. Mehr als 100 Gäste haben dazu am 30. Oktober 2019 in der „Etage“ unter dem Titel „Sucht – (k)ein Thema für

Menschen mit geistiger Behinderung?“ diskutiert. Es ging darum, wie es für diesen Personenkreis künftig einen verstärkten barrierefreien Zugang zu Vorsorge, Beratung, Behandlung und Selbsthilfe geben kann. Ziel sind Angebote, damit Menschen mit geistiger Behinderung einen selbstbestimmten Umgang beispielhaft mit Alkohol oder Cannabis erfahren können oder lernen, ohne Suchtmittel auszukommen. Die Veranstaltung wurde in Kooperation durch die Ambulante Suchthilfe Bremen, die Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe behinderter Menschen Bremen sowie den Landesbehindertenbeauftragten der Freien Hansestadt Bremen organisiert.

Weitere Termine der LAGS im 1. Quartal 2020

Teilhabeberatung in Bremen Nord (mit SL)
Pflegestützpunkt HB-Nord, Breite Straße 12 D
Freitag, 24.01.2020, 09.30-12.30 Uhr
Freitag, 21.02.2020, 09.30-12.30 Uhr
Freitag, 20.03.2020, 09.30-12.30 Uhr

AK Bremer Protest

LAG Selbsthilfe, Waller Heerstraße 55
Dienstag, 28.01.2020, 15.00-17.00 Uhr
Dienstag, 25.02.2020, 15.00-17.00 Uhr
Dienstag, 31.03.2020, 15.00-17.00 Uhr

Das Teilhabecafé im Rahmen der Ergänzenden Unabhängigen Teilhabeberatung (EUTB) findet regelmäßig am 3. Montag im Monat statt, von 15.00 bis 17.00 Uhr im HoKi58, Waller Heerstraße 58. Die nächsten Termine sind somit am: 20.01., 17.02., 16.03.2020.

Für Beratungen in der Waller Heerstr. 55 und in den regionalen Sprechstunden vereinbaren Sie bitte möglichst vorab telefonisch einen Termin (Tel.: 0421 / 38 777-14).

Ein herzliches Dankeschön!

Auch im Jahr 2019 hat die Arbeitsgemeinschaft der gesetzlichen Krankenkassen im Land Bremen die LAG Selbsthilfe finanziell unterstützt. Dafür bedanken wir uns sehr herzlich bei der AOK, HKK, IKK, Knappschaft und bei der TKK!

Allen Mitgliedern und Freund*innen der LAG Selbsthilfe Bremen danken wir für die vertrauensvolle Zusammenarbeit in diesem Jahr und wünschen ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest und viel Gesundheit, Glück und Erfolg im neuen Jahr 2020.



